

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis:** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postkontonummer 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon: 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.90 Mk., bei Wochenschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelleise 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweitagegeschäfte und alle Volkshäuser entgegen.

## Die neuen Bedingungen für die Entwaffnung. Die Entente droht mit neuen Befehlungen.

Spa, 9. Juli. (T.M.) Der Wortlaut der von den Alliierten vorgeschlagenen Vereinbarung ist folgender:

- Unter der Bedingung, daß Deutschland
- a) sofort zur Entwaffnung der Einwohnerwehren und der Sicherheitspolizei schreitet,
- b) eine Proklamation veröffentlicht, welche die sofortige Auslieferung aller Waffen fordert, die sich im Besitz der Zivilbevölkerung befinden und die für den Fall, daß die gesetzlichen Bestimmungen der Regierung nicht die genügenden Vollmachten geben, sofort gesetzgeberische Maßnahmen vorseht, durch welche die Vollmachten der Exekutive vermehrt werden,
- c) daß sofort alle notwendigen Maßnahmen zur Abschaffung der militärischen Dienstpflicht sowie zur Organisation der Armee auf der Grundlage der Dienstpflicht getroffen werden, wie sie im Vertrag von Versailles vorgesehen sind,
- d) den Alliierten alle Waffen und alles Kriegsmaterial zu dem Zwecke der Zerstörung ausliefern und den Alliierten bei der Zerstörung behilflich ist, soweit diese Waffen über die im Friedensvertrag vorgesehene Menge hinausgeht,
- e) die Durchführung der maritimen Vertragsbestimmungen sofort, ebenso wie die Bestimmungen über die Flugzeuge, die nicht zerstört worden sind, bewerkstelligen die Alliierten.

1. den vorgesehenen Zeitraum für die Herabsetzung der Reichswehr bis zum 1. Oktober zu verlängern. Zu diesem Zeitpunkt muß die Armee auf 150 000 Mann vermindert sein, welche höchstens zehn Brigaden Reichswehr umfassen darf. Die Alliierten bewilligen ferner einen weiteren Aufschub, der am 1. Januar 1921 abläuft. An diesem Zeitpunkt muß die Verringerung auf 100 000 Mann in der genauen Zusammenlegung und Organisation, wie sie im Friedensvertrag vorgeschrieben, durchgeführt worden sein;

2. die heftigste Regierung zu ermächtigen, in der neutralen Zone bis zum 1. Oktober zum Zwecke der Sammlung der Waffen eine Truppenmacht zu unterhalten, deren Stärke durch die interalliierte Kontrollkommission mitgeteilt wird;

3. alle Maßnahmen zu ergreifen, um den Waffenschmuggel aus dem befestigten Gebiet in die übrigen Teile zu verhindern.

Wenn, ganz gleich an welchem Zeitpunkt, vor dem 1. Januar 1921 die interalliierte Kontrollkommission in Deutschland feststellt, daß die Bedingungen der gegenwärtigen Vereinbarung nicht in lokaler Weise durchgeführt worden sind, z. B. wenn am 1. September die vorgeschriebenen Gesetze und Regierungsmassnahmen nicht getroffen worden sind und nicht die größte Verletzung gefunden haben, und wenn die Zerstörung und Auslieferung des Materials nicht in normaler Weise vor sich geht, wenn am 1. Oktober das deutsche Heer nicht auf 150 000 Mann und höchstens zehn Brigaden Reichswehr zurückgeführt worden ist, werden die Alliierten zur Befehlung eines neuen Teils des deutschen Gebietes schreiten, sei es das Ruhrrevier oder irgendein anderer Landesteil, und werden dieses erst mit dem Tage räumen, wenn alle Bedingungen der gegenwärtigen Vereinbarung erfüllt worden sind.

### Die deutschen Vertreter zögern mit der Unterschrift.

Ueber den weiteren Verlauf der Sitzung berichtet das Berliner Tageblatt: Dr. Simons erklärte, das seien außerlegte, nicht besprochene Bedingungen. Die deutsche Regierung müsse sie selber annehmen. Die Verantwortung für die Folgen müßten aber die alliierten Mächte auf sich nehmen. Dr. Simons ging dann die einzelnen Punkte der alliierten Forderungen durch.

Lloyd George äußerte im weiteren Verlaufe der Verhandlung, daß die Seestreitkräfte schleunigst abgerüstet werden müßten. Fehrenbach sagte das zu. Nun wurde den Deutschen ein Protokollentwurf vorgelegt, den sie unterzeichnen sollten. Den deutschen Delegierten kam jetzt der Ernst des Augenblicks voll zum Bewußtsein und sie baten, daß die Sitzung auf eine halbe Stunde vertagt werde, um sich untereinander beraten zu können. Im Sitzungsraume entstand eine gewisse Verwirrung durch das deutsche Zögern. Die deutsche Delegation erklärte in der Tat nochmals, sie müsse erst unter sich beraten und mit Berlin sprechen.

### Eine Erfindung des Vorwärts.

Berlin, 9. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Vorwärts hat gestern abend über eine angeblich toteschweigende Konferenz unserer Partei Enthüllungen gemacht, die er heute morgen fortsetzt. Auf der Konferenz sollen bestimmte Bedingungen der Bolschewisten für den Beitritt der U.S.R. zur Dritten Internationale erörtert worden sein. Die Freiheit stellt fest, daß die Konferenz, von der der Vorwärts spricht, und die am 28. Juni stattgefunden haben soll, eine Erfindung des Vorwärts ist.

### Verhandlungen über die Zerstörung des Kriegsmaterials.

II. Paris, 9. Juli. Havas meldet aus Spa: Die militärischen Sachverständigen, unter denen Frankreich durch General Nollet und Deutschland durch General v. Sessé vertreten war, berieten am Donnerstag lange unter Vergleichung der von den deutschen

Die Sitzung wurde insolge dessen nicht verschoben, sondern aufgehoben. Die deutschen Delegierten fuhren sogleich in das Sommergasthaus, während die Alliierten zum Tee gingen. Um 1/11 Uhr erfolgt eine neue Konferenz. Aus den Kreisen der alliierten Delegierten verlautet, daß Freitag früh zu Beginn der Sitzung das Protokoll den Deutschen vorgelegt werden soll und die Deutschen es zu unterzeichnen haben werden.

Spa, 8. Juli. Sofort nach der Rückkehr von der Konferenz traten die Mitglieder der deutschen Delegation zu einer Besprechung zusammen. Daran anschließend war eine Kabinets-Sitzung, die über eine Stunde dauerte. Die Regierung hat sich sofort mit den in Berlin wohnenden Mitgliedern des Kabinetts, mit dem Reichspräsidenten, mit den Führern der politischen Parteien und mit dem Reichsrat in Verbindung gesetzt.

Die heute vorliegenden Nachrichten über die gestrige Sitzung in Spa sind noch zu unvollständig und unbestimmt, um einen klaren Ueberblick zu gewinnen. Jedenfalls steht aber fest, daß das zögernde Verhalten der deutschen Delegation zu einer weiteren Verschärfung der Situation führen muß. Wie die Meldungen zeigen, müßte eine Weigerung der Deutschen, auf die Bedingungen der Alliierten einzugehen, für Deutschland die verhängnisvollsten Folgen haben. Im Interesse des deutschen Volkes muß deshalb unbedingt gefordert werden, daß die deutsche Regierung die Bedingungen annimmt und dann auch mit der Erfüllung der im Friedensvertrag festgelegten Bestimmungen über die Entwaffnung ernstlich ernst macht.

Die Berliner Blätter sehen die Wendung, die die Verhandlungen in Spa genommen haben, als sehr ernst an. Der Berliner Lokalanzeiger erblickt in den vorgelegten Forderungen und den Strafbestimmungen eine Wiederholung des Diktates von Versailles. Das Berliner Tageblatt meint, das Diktat sei in einer unerhörten schweren Form erfolgt. Mit der Nichtunterzeichnung würde sich Deutschland in eine sehr große Gefahr begeben; denn es müßte dann mit dem Verluste des Ruhrgebietes rechnen. Der Vorwärts betrachtet als die schwerste Forderung die Entwaffnung der Sicherheitspolizei. So schwer aber auch gewisse Verpflichtungen seien, die uns die Alliierten auferlegten, dürfte doch die Konferenz nicht an ihnen scheitern. Ueber den vermußlichen

wirklichen Verlauf der Konferenz liegen eine Menge Meldungen und Nachrichten vor, die im einzelnen wiederzugeben überflüssig erscheint. Hervorgehoben sei eine Aeußerung Allierender, nach der die Dinge jetzt ziemlich rasch verlaufen würden. Er sagte, man werde in Spa nur in großen Umrissen die Beschlüsse der Konferenz festlegen. Einzelheiten würden nachher kommen. Man würde aber nicht abreißen, bevor man nicht die Hauptpunkte der Tagesordnung ausreichend erörtert habe und bevor nicht die Deutschen darüber ein Protokoll unterzeichnet hätten. Wie die Times aus Spa erfährt, wird die Konferenz am Sonnabend ihre Ende nehmen. Die Generalkonferenz soll dann Ende Juli wieder in Ostende zusammenzutreten. Nach einer andern Meldung wird man von Deutschland einen Betrag von 50 Milliarden Goldmark verlangen. Dieser Betrag soll sich um einen Zinsfuß bei der ratenmäßigen Tilgung der Hauptschuld erhöhen. Ferner verlangen die Alliierten ein gemeinschaftliches Zusammenarbeiten bei dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, sowie die Befreiung aller Länder, die sich gegen die Kriegsgesetze vergangen haben. Es soll auch eine Revision der Vertragsbestimmungen über Oberschlesien erfolgen. Auf besonderen Wunsch Frankreichs soll eine internationale Kontrollkommission in Berlin eingesetzt werden, bei der Deutschland mit gleichberechtigten Mitgliedern vertreten sein soll. Aufgabe dieser Kommission wäre es, die Kontrolle über die beabsichtigte internationale Anleihe auszuüben. Diese würde auch die Ueberwachung der deutschen Staatseinnahmen zu übernehmen haben. Eine weitere Meldung aus London behauptet, die Franzosen hätten Vorbereitungen zu einer abermaligen Befreiung der deutschen Städte Frankfurt, Heidelberg und Mannheim für kommenden Sonnabend getroffen mit der Begründung, daß die deutsche Reichswehr nicht bis zu dem im Friedensvertrag festgesetzten Termin entwaffnet worden sei.

militärischen Stellen und den beiden alliierten Delegierten eingehenden Zahlen über das zu vernichtende oder auszuliefernde Kriegsmaterial. Es erfolgte eine Einigung in dem Sinne, daß die Zerstörung von 14 000 Geschützen, 5000 Maschinengewehren und 750 000 Handwaffen als erfolgt anerkannt wird. Dagegen weigerten sich die Alliierten, den deutschen Ziffern bezüglich des noch zu vernichtenden Materials zuzustimmen, da man fortwährend noch neue Vorräte aufdecke. Man wisse so, daß mindestens die Hälfte des deutschen Materials noch nicht zerstört sei.

### Gegen einen mildeutschen Generalfreih.

Wolffs Bureau meldet aus Halle a. S.: Auf der Konferenz der revolutionären Betriebsräte, Gewerkschaften und Vertrauensmänner der Unabhängigen von Mitteldeutschland siegte nach heftiger Debatte die Auffassung, gegenwärtig unter allen Umständen einen Generalfreih zu vermeiden.

## Aus dem Spitzel-Sumpf.

fr. Die Spitzelwirtschaft des zaristischen Rußlands ist in den Schatten gestellt. Bekümmert müssen die ehemaligen Lockspitzel des Zaren gesehen, daß sie übertrumpft wurden von den raffinierten Methoden der militärischen Mörderzentralen der vollendeten Demokratie der Welt. Der Mordprozeß Blau, der am Montag vor dem Moabiter Geschworenengericht mit der Verurteilung des Angeklagten Hoppe zu sechs Jahren Zuchthaus und des Angeklagten Winkler zu drei Jahren Gefängnis sein Ende fand, hat die ganze Korruption der militär-politischen Spitzelorganisationen an den Pranger gestellt. Drei junge Kommunisten, Hoppe, Winkler und Fichtmann, waren des Mordes an dem Lockspitzel Blau angeklagt, der im Dienste der Antibolschewistenliga und der berüchtigten militärischen „Nachrichtensstelle“ — des Spitzelzentrale — stand. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Mord von Spitzeln vorbereitet und ausgeführt wurde zu dem Zweck, die kommunistische Partei damit zu kompromittieren und den Anschein zu erwecken, als bestände eine kommunistische Mörderzentrale. In diesem Prozeß ist gerichtlich festgestellt worden, daß Regierungsfunktionäre und ganz besonders die Reichswehr gemeine Verbrecher unterhält zu dem ausgesprochenen Zweck, politisch unbehagliche Parteien durch diese Subjekte zu belästigen und ein Vorgehen gegen sie zu ermöglichen.

Das Gericht hat sein möglichstes getan, die völlige Bloßstellung der Spitzelwirtschaft zu verhindern. Trotzdem gelang es der Verteidigung, die militärische Mörderzentrale an den Pranger zu stellen. Beim Zeugenauftritt fehlten die vier wichtigsten Zeugen. Es waren vier Polizeispitzel. Vor allem der Lockspitzel Schreiber, der verdächtigt ist, daß er auf Anregung seiner vorgelegten Dienststelle den Mord an Blau begangen hat. Dieser Schreiber wurde von der Münchener Polizei über die Schweizer Grenze geschoben. Während nun die Staatsanwaltschaft alle Zwangsmittel in Anwendung brachte, um den Kommunisten Dahms, gegen den nur ein ganz vager Verdacht vorlag, von der dänischen Regierung ausgeliefert zu bekommen, weigert sie sich gegen den mutmaßlichen Anstifter und Haupttäter, den Spitzel Schreiber, mit der gleichen Energie vorzugehen. Nur mit großer Mühe gelang es der Verteidigung, wenigstens den Spitzel Toiff als Zeugen vor das Gericht zu bringen. Er wurde dort auch aufs schwerste belastet. Als aber die Verteidiger durch Befragen dieses Zeugen feststellen wollten, daß die Erzählungen und Nachrichten von Terror- und Mörderzentralen eines Spitzelwerkes seien, schritt der Vorstehende ein und hielt diese Fragen für zu weitgehend. Die Verteidigung fragte weiter, um die Beteiligung des Toiff an den Mordplänen festzustellen. Diese Fragen schienen dem Staatsanwalt das Konzept zu verderben. Er hielt es deshalb für angebracht, den Zeugen auf sein Recht, die Aussage zu verweigern, aufmerksam zu machen. Es war ganz offensichtlich, daß die Staatsanwaltschaft ein Interesse daran zu haben schien, daß die Deffenlichkeit nicht allzu viel über die Spitzelwirtschaft erfahre. Der Spitzel Toiff verstand den Wink des Staatsanwalts recht gut und verweigerte von nun ab prompt die Aussage, wenn er damit Gefahr lief, dem Staatsanwalt unerwünschte Dinge antworten zu müssen. So verweigerte er die Antwort auf die Fragen, ob er an Mordanschlägen beteiligt gewesen sei, oder ob er sie angezettelt habe, ob er Leute zu Raubzügen mit Waffen und Munition ausgerüstet habe und daß militärische Dienststellen erlaubt hätten, das geraubte Geld zu behalten, und ob er von bestimmten Stellen für seine provokatorische Tätigkeit bei den Kommunisten Geld empfangen habe. Die Verweigerung der Aussage auf diese Fragen kommt natürlich einer Befehlung gleich. Dieser Toiff hatte den Mord an dem Diamantenhändler Orlovski ausgeartet und junge Kommunisten zur Teilnahme an diesem Verbrechen überredet. Dem Staatsanwalt ist das bekannt. Trotzdem bekam Toiff Gelegenheit, vor einem außerordentlichen Kriegsgericht einen Meinelid zu leisten, der dem Fichtmann 12 Jahre Zuchthaus einbrachte. Toiff erfreut sich nach wie vor der Freiheit und wurde im Blau-Prozeß wiederum unter Eid vernommen, trotzdem fast seine ganzen Aussagen von den Angeklagten und von andern Zeugen bestritten wurden.

Dieser Prozeß hat so viel Schmutz aufgewühlt, daß jedem anständigen Menschen ein Ekel ankommen muß, wenn er die Prozeßberichte liest. Die Konterrevolution braucht Putsch und Gewalttaten von links, und wenn die revolutionären Parteien solche Taktik ablehnen, dann müssen Mörderzentralen „gemacht“ werden. Ein ganzes Heer von Lockspitzeln wird unterhalten, mit den aller-niederträchtigsten Mitteln gearbeitet, vor Mord und Totschlag nicht zurückgeschreckt, nur um das gesteckte Ziel zu erreichen. In Spa soll bewiesen werden, wie notwendig Deutschland das verlangte 200 000-Mann-Heer braucht, weil ohne diese militärische Macht keine Regierung sich vor Putsch und Gewalttaten schützen könne und damit die Erfüllung der wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages unmöglich werde. Dieser Prozeß hat klar und deutlich gezeigt, daß Putsch und Gewalttaten nicht vom revolutionären Proletariat, wohl aber von den Militärs angezettelt werden. Sie benutzen die gleichen Methoden, mit denen sie wäh-